

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.40 Uhr
Ende: 13.45 Uhr

1.) Auftritt der Gruppe frei.wild in Graz – Richtlinien

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Herzliches Grüß Gott, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen! Ich bin im Februar hier gestanden und habe einen dringlichen Antrag eingebracht, um eben zu diskutieren, ob der Gemeinderat sich nicht distanzieren möge vom Auftritt der Gruppe frei.wild. Diese Dringlichkeit ist damals untergegangen und was ist inzwischen passiert? Es ist so, dass dieser bekannte Echo-Musikpreis frei.wild eingeladen hat, die Stadt hat insgesamt sehr viele Anschreiben bekommen von Menschenrechtspreisträgern des Landes Oberösterreichs, dann auch das Mauthausen-Komitee hat sich zu Wort gemeldet, sehr insistierend darauf, die Stadt Graz als Menschenrechtsstadt möge doch bitte etwas tun, damit diese Band hier nicht auftritt. Es ist so, dass die Stadt Wels mit einem Beschluss der Stadtregierung den Auftritt der Band abgesagt hat, weil sie eben auch sehen, dass diese Band eine Einstiegsdroge mehr oder weniger darstellt in die rechtsextreme Szene, wie es mehrheitlich beurteilt wird. Strafrechtlich relevant ist frei.wild nicht, das war auch das Argument, weshalb der Dringlichkeit nicht zugestimmt worden ist, nach einem Verbotsgesetz. Was aber den Geist der Gewaltfreiheit der Demokratie und der Menschenrechte angeht, ist diese Band äußerst grenzwertig und deshalb meine

Frage

an den zuständigen Stadtrat: Sind Sie in Ihrer Funktion als Beteiligungsreferent bereit, die Erarbeitung eines Kriterienkatalogs für die städtischen Veranstaltungsorte zu veranlassen, damit gewährleistet wird, dass Graz als Menschenrechtsstadt und Mitglied der Städtekoalition gegen Rassismus künftig Bands, deren Texte rassistisch und menschenverachtend sind sowie Gewalt verherrlichend, keine Auftrittsmöglichkeiten in den eigenen Veranstaltungsorten mehr bietet (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, was mich wundert, das ist Ihre Bestimmtheit und auch Ihre Selbstsicherheit, mit der Sie diese Band charakterisieren, das ist Ihnen selbstverständlich unbenommen. Aber mich interessiert doch ein bisschen auch, dass es auch Menschen gibt, die nicht so denken. Mir ist eines klar, dass die Pop-Kultur und die Rock-Musik wahrscheinlich immer in der Kunstszene ein bisschen am rechten und am linken Rand ankrazt und dass hier sicherlich auch unter dem Titel, unter dem berechtigten Titel Freiheit der Kunst vielleicht mehr möglich ist, als wie möglicherweise hier in Diskussionen hier herinnen. Ich darf nur erwähnen, dass etwa gegenteiliger Auffassung nicht nur sehr, sehr viele Journalisten sind, die nicht dem rechten Rand zuzuzählen, sind etwa Beispiel in der „Zeit“ oder Beispiel in der „Süddeutschen Zeitung“. Ich darf auch daran erinnern, dass die Band bei sehr offiziellen Veranstaltungen aufgetreten ist, wie etwa bei der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland vor dem Achtelfinalspiel zwischen Deutschland und England. Aus meiner Sicht ist wichtig, was die Stadthalle gemacht hat, sie hat sich beim Verfassungsdienst und auch bei der Staatspolizei erkundigt, ob etwas gegen diese Band vorliegt oder gegen die Texte. Übrigens nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland und in beiden... die genannten Institutionen haben in jedem Fall gesagt, dass aus dieser Sicht der Auftritt der Band und auch die Texte der Band unbedenklich seien. Ich möchte ehrlich gesagt oder mir ist es lieber,

wir diskutieren über einen derartigen Auftritt als einen derartigen Auftritt zu verbieten. Ich wollte keinen Kriterienkatalog ehrlich gesagt in die Wege leiten, bei dem ein derartiges Konzert nicht möglich ist. Das ist aus meiner Sicht einfach sehr wichtig, im Übrigen darf ich auch darauf aufmerksam machen, dass offensichtlich auch im Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz darüber diskutiert wurde, und nach meinen Informationen hat die Mehrheit des Beirates die Diskussion begrüßt, hat sich aber dagegen ausgesprochen, eine Empfehlung für eine Absage auszusprechen, Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz. Darüber hinaus möchte ich auch aufmerksam machen, dass die Stadthalle oder die Messe für die Stadthalle keine Intendanz ist, das ist nicht so wie bei der Oper oder beim Schauspielhaus, bei dem es eine Intendantin gibt und die sucht sich die Programme aus, sondern die Messe ist angehalten und aufgefordert, Veranstaltungen dort, die an sie herangetragen werden, sie veranstaltet nicht selbst, sondern Veranstaltungen, die dort stattfinden sollen eben zuzulassen. Was wichtig ist, das kann ich nur noch einmal sagen, das ist die Prüfung, dass sowohl strafrechtlich als eben auch verfassungsrechtlich da keine Bedenken sind, das ist gemacht worden und damit ist das aus meiner Sicht auch durchaus ok. Ich möchte ganz bewusst als letztes Argument, das ist in dieser Kette auch das letzte Argument, sagen, wenn wir eine Halle wie die Stadthalle betreiben wollen und wir wissen, es gibt international gesehen vier wichtige Veranstalter und wir setzen dann nachträglich, nachdem da die Zustimmung gekommen ist, solche Veranstaltungen ab, dann kann man sich leicht ausrechnen, dass diese Veranstalter die Stadt Graz dann wahrscheinlich meiden werden. Ich möchte noch zur Stadt Wels sagen, so locker geht es dort offensichtlich auch nicht über die Bühne, denn nach meinen Informationen gibt es dort selbstverständlich Schadenersatzforderungen und gibt es auch die Überlegung oder die Wahrscheinlichkeit, dass sich da beide Partner vor Gericht treffen werden. Also es ist auch aus dieser Sicht nicht so ohne. Aber das Hauptargument kann ich nur nochmals sagen, einen derartigen Kriterienkatalog, bei dem ich mich, abgesehen davon, auch als Beteiligungsreferent wirklich nicht ausschließlich oder wenn überhaupt zuständig fühlen würde, den würde ich in dieser

Richtung, dass ein derartiges Konzert nicht möglich ist, auch wenn ich nicht dort selbst teilnehmen werde, klarerweise auch nicht hingehen werde, aber einen derartigen Kriterienkatalog würde ich nicht begrüßen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich bedanke mich sehr herzlich für die ausführliche Antwort. Wir kennen uns auch von meiner Arbeit vor dem Gemeinderat schon und deswegen also möchte ich ganz einfach, weil ich da Ihre Arbeit auch sehr schätze, Sie fragen als Beteiligungsreferent: Ist es für Sie nicht auch ein Problem, dass in einer Stadt die 75 Jahre nach dem Anschluss keine einzige Veranstaltung zu diesem Gedenken gehabt hat als Großveranstaltung, als Menschenrechtsstadt übrigbleiben wird, frei.wild war da, Sie merken, es ist eine emotionale Zusatzfrage, aber es ist eine bewegende Zusatzfrage für mich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte das nochmals wiederholen, auch Ihre Betroffenheit ist für mich durchaus auch gegeben und ist auch klar zur Kenntnis zu nehmen. Aber ich denke, es ist einfach was anderes, bei einer Sache persönlich betroffen zu sein und aber gleichzeitig zu sagen, irgendetwas darf nicht stattfinden, da ist für mich dieser andere Wert einfach der höhere Wert, um es so zu sagen. Ich gehe dort sicherlich nicht hin, das ist auch nicht meine Band, aber ich weiß selbst von meinen eigenen Bands, die ich sehr gerne höre, dass dort immer wieder Dinge dabei sind, die grenzwertig sind. Rolling Stones gibt es ein Lied über street fighting man, wo der auf der Straße kämpfende Mann verherrlicht wird, ist auch am Rand, deswegen wäre ich sehr froh, wenn die Rolling Stones trotzdem nach Graz kämen, tun sie wahrscheinlich leider nicht. Also nochmals, das ist mir sehr ernst, die Betroffenheit ist

durchaus ok, ich denke, es ist auch ok, dass sehr viel diskutiert wird. Aber verbieten von Seiten der Stadt, das würde ich nicht wollen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Erlaube mir auch eine Anmerkung zu machen, Frau Gemeinderätin, dass wir auch nicht nur in Gedenkjahren, sondern Jahr für Jahr mit unserer Geschichte sehr gut umzugehen wissen. Auch mit jenem dunklen Kapitel von 1938 bis 1945, und ich darf Sie und alle anderen auch einladen, bei den vielen Veranstaltungen, die wir jedes Jahr haben, wo wir jenen Menschen gedenken, die den Mut gehabt haben, auch damals schon dagegen aufzustehen und oft mit ihrem Tode bezahlt haben, mit dabei zu sein. Ob das an der Hinrichtungsstätte in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten von Allerheiligen stattfindet, ob das jetzt auch die Veranstaltung war, wo unser Bürgermeisterkollege aus Gotha mit dabei war, weil wir auch sehr deutlich in diesem Jahr noch einmal darauf aufmerksam gemacht haben, dass es Menschen gegeben hat, in dem Fall zum Schutz von Gotha, den Herrn Oberstleutnant Gadolla, wo wir auch erst vor kurzem eine Feierlichkeit gehabt haben. Also ich glaube, wir bringen als Stadt Graz oft genug zum Ausdruck, dass wir uns gegen den Nationalsozialismus wehren und zur Wehr setzen würden und das ist mir wichtig, dass ich Ihnen das heute noch so sage, weil es hat jetzt am Rednerpult so geklungen, als würde die Stadt Graz hier einen sorglosen Umgang mit der Geschichte haben und das ist, soweit ich das in den letzten Jahrzehnten hier miterleben durfte, Gott sei Dank nicht der Fall (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

2) Kastner-&-Öhler-Dach

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Liebe Zuhörer, hochgeschätzter Gemeinderat, liebe Stadträte! Es ist irgendwie die Woche der Jubiläen, einerseits hat der Herr Bürgermeister Geburtstag gehabt, der Kastner feiert auch Jubiläum. Es jährt sich aber auch das Thema des Kastner-Daches und der Kupferplatten und der Färbung des Daches in Summe und, wie wir alle wissen, es ist mitten im Zentrum der Stadt Graz, es ist auch durch die UNESCO geschützt und ist einfach ein wichtiges Thema für Bürger sowie auch für Besucher der Stadt Graz und prägt das Stadtbild in jeglicher Form, glaube ich, auf einzige Art und Weise. Leider eben zurzeit noch nicht durch die gewünschte Farbe.

Deswegen die

F r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister: Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihrer Seite aus geplant, die vorgesehenen Kupferplatten auf dem Kastner-&-Öhler-Gebäude realisieren zu lassen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Herr Gemeinderat. Die Geburtstagstorte von heute können wir uns im Übrigen wieder teilen, weil wir am selben Tag Geburtstag haben. Auch nochmals vor allen Kolleginnen und Kollegen auch alles Gute zum Geburtstag (*allgemeiner Applaus*). Und jetzt von Widder zu Widder, die Ungeduld ist eine vor allem den Widdern zugeordnete Eigenschaft, mir geht es da genauso, ich hätte auch schon gerne jene Bronzeplatten am Dach von Kastner-&-Öhler, die wir im Zuge dieses

langwierigen Verfahrens mit der UNESCO und mit Icomos, dann auch gemeinsam mit Kastner-&Öhler und den Architekten und der Stadt Graz als Lösung zustande gebracht haben. Ich bin da nicht untätig, ich habe erst in der vergangenen Woche wieder ein Gespräch mit [REDACTED] diesbezüglich gehabt. Ich habe auch die heutige Antwort, wenn ich so sagen darf, mit ihm auch abgesprochen, auch heute noch einmal. Drei Antworten, die erste ist, sowohl er persönlich als auch das Unternehmen Kastner & Öhler, das eben im heurigen Jahr seinen 140. Geburtstag feiert, möchte und wird sein Versprechen einlösen, diese bronzefarbenen Platten dann letzten Endes auf das Dach zu bringen. Die zweite Botschaft, die ich übermitteln darf: Die angespannte Wirtschaftssituation, die es jetzt vor allem auch im Handel gibt, Stichwort Niedermayer und vieles mehr, könnte man hier aufzählen, macht es im Moment sehr, sehr schwer möglich, das heißt, im heurigen Jahr werden diese Bronzeplatten oder diese Bronzegeschichte noch nicht angebracht werden. Drittens, auch nicht ganz unwesentlich: Wir diskutieren darüber, was denn unter Bronzeplatten jetzt wirklich auch zu verstehen ist und das wird nach einem Materialiencheck, das heißt, wir versuchen jetzt einmal zu schauen, was gibt es denn da alles, weil gerade bei neuen Materialien tut sich sehr viel am Weltmarkt. Da gibt es viele neue Innovationen, das heißt, das Unternehmen ist hier unterwegs, Materialauswahlen zu treffen und die werden wir dann selbstverständlich auch mit den Gremien wieder besprechen und dann wird es eines Tages diese auch von ihm versprochenen Platten am Dach geben. Das kann ich heute auch gleich so unmittelbar ausrichten.

GR. **Pacanda:** Dadurch, dass es nicht heuer ist, gehe ich davon aus, dass wir uns nächstes Jahr zum Geburtstag treffen und dann vielleicht oben im Eckstein bereits bei den Kupferplatten feiern können, weil das wäre dann so ziemlich in einem Jahr, also wenn es nicht heuer ist, dann wird es hoffentlich nächstes Jahr sein. Jetzt wäre aber

die Zusatzfrage von mir, wie Sie, Herr Bürgermeister, in Zukunft verhindern wollen, dass bei solchen Verfahren, wo eigentlich von vorneherein gesagt worden ist bei der Vergabe auch, das wird gemacht, vielleicht doch als Bürgermeister sozusagen wachen darüber, dass solche Projekte dann auch wirklich so umgesetzt werden, vielleicht früher und schneller als es jetzt beim Kastner-&-Öhler-Dach passiert.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, das gliedert sich in zwei Bereiche. Das eine ist, dass man aufmerksam bleiben muss und bleiben soll, dass macht ja nicht nur der Bürgermeister, sondern das macht letzten Endes auch unsere Verwaltung, da geht es ja jetzt nicht nur immer um ein Dach, es geht um Begrünungen, um Neupflanzungen, um Baumersatzpflanzungen und, und, und, und selbstverständlich bleiben wir mit den Bauwerbern im Gespräch, das wird auch künftig so sein. Aber ich denke mir, dass es auch ganz, ganz wichtig ist, diese klare Botschaft heute da zu bekommen, man könnte bei schwierigen Dingen auch manchmal zu privatwirtschaftlichen Verträgen, zu diesem Mittel greifen, aber dazu gehören dann auch immer Zwei. Ich bin einmal froh, dass diese so klare und deutliche Aussage von Martin Weg jetzt auch gekommen ist.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.55 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Frau Gemeinderätin Gerda Gesek bitten, Herrn Stadtrat Mag. Mario Eustacchio betreffend Erweiterung der Grünen Parkzone G zu fragen. Vielleicht darf ich noch ganz kurz vorher die Abwesenheiten bekanntgeben.

Gemeinderat Martiner ist erkrankt und ich habe auch eine Bekanntgabe hier, dass Frau Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner aus dienstlichen Gründen heute auch einmal weg muss. Wir ersuchen da um Kenntnisnahme.

3) Erweiterung der „Grünen Parkzone G“

GR.ⁱⁿ **Gesek** stellt an StR. Mag. **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Gesek**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die räumliche Ausweitung der Grünen Zonen in bestimmten Bereichen der Absengerstraße, Weissenkircherstraße und Grasbergerstraße im Bezirk Eggenberg hat genau zu dem Ergebnis geführt, wovor von uns bereits im Vorfeld bereits gewarnt wurde.

Während in den gebührenpflichtigen Zonen gähnende Leere herrscht, werden die angrenzenden gebührenfreien Straßenzüge und sogar die dort sich befindlichen Grünflächen regelrecht zugeparkt.

Die Anrainer klagen, nicht nur keine Parkplätze für das eigene Auto zu finden, sondern darüber hinaus auch noch über das dichte Verkehrsaufkommen wegen des Parksuchverkehrs und über Dauerparker.

Ich frage Sie daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, ob Sie bereit sind, die eingangs von mir erwähnten Bereiche bis einschließlich Eckertstraße flächendeckend in die „Grüne Parkzone G“ einzubeziehen, so wie ursprünglich der Antrag des Bezirksrates Eggenberg gelautet hat (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Ja, Frau Gemeinderätin, ich wurde von der ARGE Parkraum schon, wie ich das Amt, die Zuständigkeit übernommen habe, darauf hingewiesen oder darauf aufmerksam gemacht, dass diese Frage mich Sicherheit auf mich zukommen wird, weil Sie ja dieser Angelegenheit schon seit vielen Jahren nachgehen und es hat sich nicht viel verändert seit dem letzten Aufnahmen und Feststellungen, die durch die ARGE getätigt wurden. Aber ich möchte es einmal hier relativ ausführlich erläutern, damit auch alle Damen und Herren wissen, wie überhaupt dieser Prozess bezüglich der Grünen, in dem Fall Grünen Zonen erfolgt. Es gibt einmal eine Prioritätenliste nachdem Parkraum, in dem Fall Grüner Parkraum geschaffen wird, und zwar wird einmal primär ein Parkraum geschaffen für die dortigen Anwohner, dann Parkplatzangebote für den Wirtschaftsverkehr und zum Dritten für alle übrigen Interessenten, wie Pendler, für Freizeitangebote etc. Was nicht geht und was nicht sein kann, dass im öffentlichen Raum die Argumentation getätigt wird, dass Bürger einfach nicht wollen, dass irgendwelche anderen Leute dort fahren oder auch parken. Es ist öffentlicher Raum, es gibt dort eine Notwendigkeit, auch zu parken, weil es verschiedene Institutionen gibt, die besucht werden wollen, sei es das Schloss Eggenberg, sei es das Bfi etc. Im Jahr 2010 wurden im Bereich Grasbergerstraße, Absengerstraße, Weissenkircherstraße, Herbersteinstraße Parkzonen eingerichtet, um eben diesen vorher erwähnten Kriterien zu entsprechen. Grundsätzlich insbesondere für Anrainer Parkplätze zu schaffen, zumal diese Straßen von Pendlern mit einem damals sehr hohen Anteil von 50 % mit nicht Grazer Kennzeichen verparkt waren und da ist man dem Wunsch eben der Anwohner, auch des Bezirkes nachgekommen. Und man hat natürlich evaluiert und geschaut, wie hat sich denn diese Zone entwickelt beziehungsweise wie stellt sich das heute dar, und ich war ja selbst mit bei der Evaluierung der Grünen und Blauen Zonen, leider nicht in dem Gebiet, aber bei anderen, und deswegen konnte ich mir ein gutes Bild machen, wie das vonstatten geht und wie verantwortungsvoll die Herren, in dem Fall waren es nur Herren, mit diesem Thema, sensiblen Thema, umgehen. Und jetzt hat man natürlich geschaut, wie stellt sich das dort dar, wie stellt sich die Auslastung dar. Und ich gehe

jetzt nicht auf jede einzelne Gasse ein, sondern ich subsumiere es einmal. Es ist eine Teilung, auf der einen Seite gibt es von diesen Straßenzügen, Gassenzügen, gibt es eine Grüne Zone und auf der anderen Seite ist freies Parken möglich ganz bewusst, damit man also hier keine Verdrängung vonstatten bringt, weil sonst würde ich einfach diese Straßenzüge leerfegen und es verteilt sich auf andere Gasse, also es ist eine ganz bewusste Maßnahme. Jetzt rede ich von den Grünen Zonen, 72 Plätze sind es, also 100 % der Auslastung wären möglich gewesen, in diesen Bereichen waren laufend 50 Plätze frei, einmal zum einen. Waren massiv frei und dann reden wir von den gebührenfreien Zonen, da müsste man annehmen, dass also dort alles voll war, auch das ist nicht der Fall, es waren von 134 Stellplätzen 24 frei die ganze Zeit, also es ist am Vormittag, zu Mittag, am Nachmittag und Abend evaluiert worden, um dort einen Durchschnitt zu sehen, das heißt, die Behauptung, dass hier ein Parkdruck da ist für die Bewohner, stimmt so nicht. Es gibt sehr wohl in der Grünen Zone massiv freien Platz, aber es gibt auch in der nicht gebührenpflichtigen Zone noch Plätze. Das heißt, der Bedarf kann so groß nicht sein, dass dieses Anwohneransinnen da ist und deswegen wird auch von der ARGE Parkraum diesem Wunsch nicht entsprochen werden, aber es gibt einen Vorschlag, der wie folgt aussieht: Eine Änderung, das ist natürlich wieder ein Vorschlag der ARGE, der muss ja dann von uns, auch von Ihnen, im Gemeinderat auch beschlossen werden, aber das ist noch Zukunftsmusik, wird Folgendes vorgeschlagen, dass die Herbersteinstraße zwischen Eggenberger Alle und Grasbergerstraße einseitig durchgehend Parkzone wird, die Weißkirchenstraße zwischen Herbersteinstraße und Absengerstraße einseitig auch durchgehend Parkzone wird und das kurze Parkzonenstück in der Weissenkirchergasse und Absengerstraße Richtung Straßganger Straße zurückgenommen wird. Also auch das wird überlegt, denn man sieht, die Notwendigkeit ist nicht da, dass man auch etwas wieder zurückführt, um auch nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, man macht das einfach als Geldbeschaffungsmaschinerie. Ich möchte das nur unterstreichen, damit Sie auch sehen, wie verantwortungsvoll dort umgegangen wird.

GR.ⁱⁿ **Gesek**: Zu welcher Zeit wirklich dort erhoben wurde. Ich wohne dort und ich empfehle jedem, in der Zeit von ½ 8 Uhr bis 11.00 Uhr dort vorbeizuschauen, es sind alle Grünflächen verparkt, weil sich kein einziger Parkplatz in der gebührenfreien Zone befindet. Zu welcher Zeit wurde dort überprüft?

StR. Mag. **Eustacchio**: So wie ich es gerade ausgeführt habe, ich habe die genaue Auflistung, die ich Ihnen sehr gerne zukommen lasse, wo genau aufgeschlüsselt ist, zu welchen Zeitpunkten das festgestellt wurde und da ist eben zu jedem Zeitpunkt, auch im gebührenfreien Raum, Parkraum da gewesen und was die Grünflächen anbelangt, die verparkt sind, das ist durchaus möglich, dem werden wir auch nachgehen. Die Ordnungswache ist ja jetzt aufgestockt und die Ordnungswache wird auch explizit den Auftrag bekommen, diese Missstände, so sie da sind, das bezweifle ich natürlich nicht, abstellen, weil die auch die Möglichkeit dazu haben. Das hat ja das Parkraumservice gar nicht, die Ordnungswache sehr wohl. Also diesem Umstand werden wir über die Ordnungswache gerecht werden und für die andere Maßnahme ist derzeit nach unserer Evaluierung kein Bedarf gegeben (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren! Sie haben heute auch eine Bildungsreise vorgefunden auf den Plätzen. Ich möchte nur dazu anmerken, dass Graz und Triest heuer ihr 40-jähriges städtepartnerschaftliches Jubiläum feiern. Die Beziehungen zwischen den beiden Städten laufen auf vielen Ebenen, auf kultureller, auf wissenschaftlicher, auf sportlicher, sogar unsere Feuerwehren treffen sich einmal im Jahr. Graz macht Triest nun ein besonders Jubiläumsgeschenk, ein Kammerkonzert der Musikabende Graz mit Christian Schmidt und Peter Matzka im Teatro Verdi am 14. Juni um 20.30 Uhr und wir wollen mit den Triestinerinnen das Jubiläum feiern. Aus

diesem Anlass wird auch eine Reise organisiert, wer Lust hat, uns zu begleiten, ist herzlichst eingeladen. Es liegt, wie gesagt, auf.

4) Maßnahmen zur Armutsbekämpfung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck! Meine Frage bezieht sich auf den Bereich Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Am 14. April wurden in der Wochenzeitung „Der Grazer“ in einem Artikel mit dem Titel „Armut steigt im Rekordtempo an“ Zahlen und Fakten zur erschreckend schnell wachsenden Armut in Graz aus dem neuen Jahresbericht des Sozialamtes der Stadt Graz präsentiert. So wurde zum Beispiel berichtet, dass seit April 2011 die Anzahl der Bezieher und Bezieherinnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung von 4.216 auf 6.605, das ist damit um mehr als die Hälfte, angestiegen ist. Hervorzuheben ist aber vor allem auch, dass sich immer weniger Grazerinnen und Grazer ohne Hilfe Mieten und Strom leisten können. So wurden laut Bericht 2012 vom Sozialamt der Stadt Graz um 62 % mehr Mietrückstände und um 68 % mehr Stromrückstände übernommen. Wir wissen, dass Armut und Wohnversorgung in einem engen Zusammenhang stehen und nur ein Teil der in Armut lebenden Menschen – entsprechend der aktuellen Anzahl - über Gemeindewohnungen wohnversorgt werden können. Deshalb müssen darüber hinaus unter den derzeitigen Bedingungen weitere Maßnahmen überlegt und umgesetzt werden, die im Interesse der armutsgefährdeten Menschen sind und zum Beispiel vor allem zur Verringerung von sozialer Armut und Wohnungsnot beitragen. Wichtige Grundlage für eine solche Diskussion bietet auch der erste Armutsbericht der Stadt Graz, der 2010 von IFA erarbeitet worden ist und er enthält neben einer

Analyse der sozialen Lage in der Stadt zum damaligen Zeitpunkt vor allem auch konkrete Handlungsansätze zur kommunalen Armutsbekämpfung.

Deshalb stelle ich an dich, liebe Frau Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck, folgende

Frage:

Inwieweit ist der vorliegende Armutsbericht von 2010 noch Grundlage für weiterführende Diskussionen und Umsetzung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Ulli Taberhofer! Danke für deine Frage. Der Armutsbericht der Stadt Graz von 2010 hat erstmals eine Analyse der sozialen Lage der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Graz geliefert. Es war Ziel, Graz auch durch ein bestimmtes Bündel an Maßnahmen armutsfester zu machen und es wurden viele wichtige Handlungsansätze in diesem Armutsbericht angeführt, aufgelistet aus unterschiedlichen Bereichen, Bereich Arbeitsmarkt, Gesundheit, Wohnversorgung, Migration beispielsweise. Diese Vorschläge und Empfehlungen des Armutsberichts, auch wenn er jetzt bald drei Jahre alt ist, sind natürlich nach wie vor aus meiner Sicht aktuell und in der politischen Arbeit zu berücksichtigen. Aus meinem Bereich des Sozialamtes kann ich auf ein Projekt verweisen, das ja alle gemeinsam im letzten Jahr, im Herbst, nach zähem Ringen, nach langer Arbeit, nach langen Bemühungen umgesetzt, einstimmig beschlossen haben, nämlich die Einführung der SozialCard. Wir werden ja heute erstens noch eine Anfrage zur SozialCard haben und außerdem bei den Dringlichen noch näher über die SozialCard sprechen. Mein Ziel ist es auf jeden Fall, die SozialCard weiter auszubauen, das Service für SozialCard-Bezieherinnen und

-Bezieher auszuweiten und zu verbessern, das haben wir auch mit der Einführung so festgehalten, dass diese Einführung mit den jetzt umfassenden Leistungen einmal ein erster Schritt ist, dass die SozialCard aber als ein laufender Prozess verstanden werden soll, der laufend adaptiert, evaluiert und verbessert werden soll. Was auf jeden Fall heuer auch kommen wird, das habe ich bereits angekündigt, ist auch im Stabilitätspapier festgehalten, dass es einen Ausgleich, eine Abfederung für die Gebührenerhöhungen geben wird, die an die SozialCard gekoppelt sein wird. Du nennst die Zahlen aus dem Jahresbericht des Sozialamtes, das sind auch die Zahlen, die im Artikel des Grazer erschienen ist, es war meine Intention, diese Zahlen auch öffentlich zu machen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, aufmerksam zu machen, dass die Armut auch vor unserer Stadt nicht Halt macht, dass die Entwicklung, gerade im urbanen Räumen, nicht nur in der Stadt Graz, sondern das ist generell festzuhalten, teilweise eine sehr dramatische ist. Die Grazerinnen und Grazer sollen aber auch darüber informiert werden, dass mit den Leistungen des Sozialamtes sehr vieles abgedeckt werden kann, dass sehr viel Unterstützung gegeben wird, jetzt nicht nur über den Bereich der Mindestsicherung, sondern auch über die Sozialhilfe, über einmalige Beihilfen, wenn es etwa um Miet- und Stromrückstände geht, wenn es darum geht, wenn der berühmte Boiler oder die Waschmaschine kaputt werden. Es ist mir bewusst, dass wir mit diesen Zahlungen einfach Einzelpersonen helfen, dass das aber keine Systemverbesserung an sich ist. Wir werden es nicht in der Stadt Graz lösen, dass viele Menschen mit dem Einkommen, das sie haben, nicht mehr auskommen, das ist eine generelle Systemfrage, das ist eine Frage von Mindestlöhnen, die hier in der Stadt Graz nicht zu lösen ist. Ein Punkt noch ganz kurz, es ist angeführt, dass man auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit besonders Augenmerk hinrichten sollte. Es wird vorgeschlagen, eine Stabsstelle für Beschäftigungsfragen einzurichten, das haben wir so schon umgesetzt, es ist ja mit dieser Gemeinderatsperiode erstmals ein Ressort Arbeit und Beschäftigung installiert, es ist auch eine politische Zuständigkeit für diesen Bereich definiert und wir werden auch im Gemeinderat noch eine Strategie vorstellen der Stadt Graz, wo ein

besonderer Fokus auf Jugendarbeitslosigkeit gerichtet sein wird und wo wir auch versuchen werden, bestimmte Nischen zu finden, die jetzt noch nicht vom Bund und Land abgedeckt sind. Das ist einmal das Grundsätzliche kurz zusammengefasst, selbstverständlich ist der Armutsbericht nach wie vor aktuell, liegt aber nicht nur im Sozialressort, weil viele Bereiche davon betroffen sind (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Meine Zusatzfrage bezieht sich jetzt also über die SozialCard hinaus und das, was du an Vorhaben geschildert hast, darauf, dass ich wissen möchte, inwieweit in den Überlegungen der Verbesserung und Strategien, zum Beispiel Übergangswohnungen, Notschlafstellen, dieser Bereich in Diskussion ist oder ob es da Absichten in diese Richtung gibt, in Kooperation mit anderen finanziellen Mitteln etwas in der nächsten Zeit umzusetzen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also bei den Wohnungsloseneinrichtungen gibt es deutliche Qualitätsverbesserungen, wir werden in wenigen Wochen die Arche 38 eröffnen können, die wirklich wunderschön werden wird, die eine Dachterrasse haben wird, was wahrscheinlich sehr ungewöhnlich ist für eine Wohnungsloseneinrichtung. Wir haben auch das Männerwohnheim in der AOG bereits budgetiert, um dort Verbesserungen vorzunehmen und, weil du die Übergangswohnungen ansprichst, es hat vor rund einem Jahr eine Besprechung gegeben zwischen mir, Kollegin Kahr und unseren beiden Amtsleitern, Herrn Wisiak und Herrn Wippel, wo wir gesagt haben, wir wollen die Situation in der Starhembergasse/Laudongasse verbessern, wir wollen eine langfristige Planung machen und der Auftrag an die beiden Abteilungsvorstände ist ergangen und ich denke, sie werden da noch einen Vorschlag liefern (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Beim Thema Armutsbekämpfung sollten wir vielleicht auch hier im Gemeinderat noch einmal erwähnen, dass wir diese Woche eine Neueröffnung feiern durften, nämlich gemeinsam auch beim Marianum der Caritas, waren wir ja beschlussfähig als Regierungsmitglieder und es ist einfach schön zu sehen, dass in so vielen Bereichen da jetzt auch eine Konzentration wieder da ist und dass es auch räumliche Verbesserung gegeben hat. Dafür sollten wir der Diözese und der Caritas auch dankbar sein (*Applaus ÖVP*).

5) Kosten SozialCard

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Seit dem 1. Oktober 2012 kann die SozialCard von Personen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, beantragt werden. Seit dem 1. November 2012 kann zusätzlich die „Grazer SozialCard Mobilität“ beantragt werden. Nachdem nun seit der Einführung ein Zeitraum von mehr als einem halben Jahr verstrichen ist, scheint nun der geeignete Zeitpunkt gekommen zu sein, um Auskunft über die bisher daraus entstandenen Gesamtkosten sowie den genauen Bezieherkreis der SozialCard zu erhalten.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Wie sieht der genaue Bezieherkreis der SozialCard einschließlich der „Grazer SozialCard Mobilität“ aus und wie hoch sind die bisherigen Gesamtkosten (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schönbacher! Vielen Dank auch für diese Frage. Wir haben uns grundsätzlich einmal vorgenommen, nach einem Jahr Einführung der SozialCard eine umfassende Evaluierung zu machen. Das ist ein Zeitraum, denke ich, der angemessen ist, das haben wir auch so in der Arbeitsgruppe, die ja die Details verhandelt hat, auch so vereinbart haben. Es ist schön, dass die SozialCard offensichtlich hier herinnen ein Dauerbrenner ist und dass wir viel drüber diskutieren. Zur Beantwortung Ihrer konkreten Frage möchte ich jetzt einmal zuerst auf die Kosten eingehen und da müssen wir ein bisschen zerteilen. Es gibt einerseits Kosten, die unmittelbar mit der Einführung der SozialCard zu tun haben, da geht es eben um Kosten, die einmalig angefallen sind, also die ganzen Kosten bezüglich der Verwaltung, der EDV-Systeme, die umgesetzt werden mussten, das vorübergehend aufgenommene Personal, das dafür da war, einmal diesen ersten Schwung an Anträgen zu bearbeiten, diese Verwaltungskosten belaufen sich für das Jahr 2012 auf exakt 96.968,42 Euro. In Zukunft werden sich diese Verwaltungskosten auf die Ausweise, Info-Blätter und Handykosten für die Hotline reduzieren und nach unserer Schätzung unter 10.000 Euro bleiben. Bei den Kosten, die sich aus Zahlungen an Bezieherinnen und Bezieher ergeben, muss festgehalten werden, dass hier nicht von gänzlich neuen Kosten gesprochen werden kann, weil ja die Beihilfen, das Beihilfensystem schon vor der SozialCard bestanden hat, nur haben früher die Bezieher und Bezieherinnen dieser Beihilfen jedes Mal extra ansuchen müssen, das haben wir mit der SozialCard gebündelt, das Service dahingehend verbessert. Mit anderen Worten... jetzt suche ich genau den Betrag... kurz zusammengefasst, man kann nicht sagen, was jetzt an Mehr da ist, weil es vorher schon die

Weihnachtsbeihilfe, die Osterbeihilfe, die Schulkostenaktion gegeben hat, für das Jahr 2012 kann man zusammenfassend sagen, dass mit den Beihilfen 740.923,25 Euro direkt an Zahlungen angefallen ist. Mit dieser Rechnung kommen wir also auf Gesamtkosten von 837.891,67 Euro für das Jahr 2012. Der BezieherInnenkreis, das möchte ich dann wirklich detailliert besprechen, wenn wir die Evaluierung machen, ich stelle aber auch gerne eine Sozialausschusssitzung, eine längere Sitzung des Sozialausschusses einmal zur Verfügung, wo wir einmal einen ersten Bericht, bevor wir wirklich die umfassende Evaluierung nach einem Jahr machen. Aber ich denke, das würde den heutigen Rahmen sprengen und ich schlage vor, dass wir im Rahmen des Sozialausschusses uns einmal eine Stunde Zeit nehmen, um auch mit Ihnen, nachdem Sie die ganze Vorgeschichte nicht kennen, weil Sie nicht dabei waren, auch noch einmal im Detail diskutieren können (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wie viel von dem vorhandenen Budget ist noch übrig nach diesen detaillierten Ausführungen?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Diese Frage verstehe ich nicht. Wie meinen Sie das?

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wie viel ist noch übrig von dem Budget für die SozialCard?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Naja, die SozialCard wird jedes Jahr neu budgetiert. Also ist letztes Jahr budgetiert gewesen und es wird auch heuer im Budgetansatz kommen und dieser Budgetansatz wird in diesem Haus besprochen werden, wird im Zug des Budgetgemeinderates hoffentlich auch mitbeschlossen werden. Aber dieser Budgetansatz steht jetzt noch nicht fest, weil das Budget ja noch nicht fertig ist, und vom letzten Jahr übrig ist meines Erachtens nichts (*Applaus SPÖ*).

6) Open Government Data – Zurverfügungstellung öffentlicher Verkehrsdaten zur freien Nutzung für Internetapplikationen u.a.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Guten Tag, Herr Stadtrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage betrifft das Thema Open Government Data, wie der Herr Bürgermeister schon eingeleitet hat und zwar geht es ganz konkret darum, schauen Sie mich vielleicht an, dass ich weiß, dass Sie zuhören, und zwar geht es konkret darum, wie Sie auch schriftlich bekommen haben, dass bei der Frage der Freigabe der Daten der Grazer öffentlichen Verkehrsmittel momentan noch Probleme bestehen, die sind zwar in der Hoheit der Stadt Graz und könnten daher, wie in anderen Städten auch, gemäß Open Government Data der Community zur Verfügung gestellt werden, um ebenso intelligente Routenplaner usw. mit Echtzeitdaten zu machen, wie wir sie auch aus Linz kennen, wo man sofort sehen kann, ich gebe meinen Standort ein, sagt mir auf die Sekunde, welche die nächste Bim oder der nächste Bus ist oder ob es gescheiter ist, das Stück zu Fuß zu gehen usw. Und in Graz gibt es momentan zwei Probleme, das eine ist, dass die Daten nach meinen Recherchen bisher ohne gescheite technische Schnittstellenbeschreibung vorliegen beziehungsweise, wenn man das zukaufen würde einen Service, der die Daten verwendbar macht, weil

aufbereitet, dass es doch mit Kosten verbunden ist, angeblich in Höhe von ca. 22.000 Euro.

Die

Frage

ist daher, ob Sie einerseits in diese Richtung aktiv werden können oder welche Schritte Sie unternehmen können, dass die Freigabe dieser Bewegungsrohdaten ermöglicht wird, solange sie eben im Eigentum der Stadt sind, das ist bei den Holding-Daten ja so und dass bei den Daten, die gemeinsam mit dem Land, dem Verbund gehören, dass vielleicht mit Ihrem Kollegen im Land auch verhandelt wird, welche Möglichkeiten es gibt, dass man steiermarkweit die Daten freigeben kann, damit Anwender, Entwicklerinnen, Entwickler daraus Applikationen machen können.

StR. Mag. **Eustacchio**: Für mich natürlich auch ein neues Thema, daher die Auskunft vom Straßenamt. Die ersten Schritte zu diesem Thema wurden ja bereits gemacht, es wurde Ihnen zukommen gelassen. Am 8.4.2013 hat die [REDACTED] aus dem Präsidialamt als Verantwortliche für das Open Government Data sich einen ersten Überblick verschafft, welche Daten von Seiten Straßenamt dafür zur Verfügung gestellt werden können, dass man das überhaupt einmal erfasst hat. Die meisten Daten werden im GIS dargestellt, diese Daten werden vom Vermessungsamt zur Verfügung gestellt. Es kommt jetzt leider zu Zeitverzögerungen, da im Straßenamt eine Systemumstellung von Fabasoft auf das OTS-System stattfindet, also eine technische Problematik oder keine Problematik, sondern eh eine Verbesserung, aber eben eine Zeitverzögerung. Die Klärung einer möglichen Bereitstellung von Daten ist so kurzfristig aufgrund der Anfrage von Ihnen nicht möglich, da einerseits die Klärung

der Frage der Schnittstellenkonfiguration als auch die Frage der Datenrechte mit dem Verkehrsverbund in der Beantwortung aufwendiger sind, also das heißt, ich müsste Sie da bitten, dass Sie sich etwas gedulden und das Amt hat dann den Auftrag, das auch zu eruieren. Die Steirische Verkehrsverbund GmbH sammelt und integriert die Fahrplandaten für die gesamte Steiermark und stellt diese als Bus-, Bahn-, Bim-Auskunft zur Verfügung auf verschiedenen Homepages. Verbundlinie, Holding Graz, und da hier kann man sich also auch jetzt schon einen Überblick verschaffen, aber ich bin bei Ihnen, das gehört optimiert und zusammengeführt, dass es durchgängig ist. Die Open-Government-Data-Initiative wurde im Wege der Holding Graz Linien an die Steirische Verkehrsverbund GmbH herangetragen, also da gibt es schon eine Diskussion und da geht es eben weiter um technische, organisatorische Dinge und vor allem dann um die rechtliche Frage der Datenweitergabe (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Also die rechtlichen Dinge, ist mir bewusst, das läuft auch schon seit einiger Zeit in der Open-Government-Data-Initiative, bei der ich auch sehr aktiv bin. Die Frage wäre, ob Sie eben, das haben Sie aber schon angedeutet, bereit sind, das voranzutreiben, wir haben zum Beispiel Ende Mai den nächsten Open-Government-Data-Stammtisch, wo auch all die Leute aus der Community, die solche Applikationen machen, die über das hinausgehen, was Bus-, Bim-Auskunft bereits macht, dass Sie dort, entweder Sie selber oder jemand von der Verkehrsplanung, vielleicht auch Auskunft gibt, wie der Stand der Dinge ist bei der rechtlichen Prüfung, bei der Abklärung, ob man gemeinsam mit dem Land etwas machen kann, ich glaube, 21. Mai, glaube ich (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Das wird sich, wenn die Abteilungen dazu imstande sind, sicherlich machen lassen. Ich bitte Sie einfach, hier ganz offiziell auch eine Einladung sowohl an mich als auch an das Amt zu schicken, dann können wir das auch im Vorfeld besprechen und Ihnen auch die Info zukommen lassen, geht sich das aus bis zu diesem Datum oder müssen wir es halt dann an einem späteren Termin machen. Aber dagegen spricht sicher nichts (*Applaus FPÖ*).

7) Startwohnungen für junge Menschen

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt an StR.ⁱⁿ Kahr folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin! Das Thema ist Ihnen ja schon seit langem bekannt, da die Forderung der Jungen ÖVP schon etwas älter ist, dass wir uns eigentlich schon seit langem dafür einsetzen, dass es auch die Möglichkeit gibt, und da sprechen wir jetzt auch nicht von den Zahlen, die Sie uns zukommen haben lassen als Ausschuss, wie viele junge, alleinerziehende in Gemeindewohnungen auch wohnen, sondern auch über die Dinge, die man auch als Startwohnung und auch als Konzept andenken könnte.

Daher darf ich die

F r a g e

an dich stellen: Bist du im Sinne der dargestellten Situation bereit, dich dafür einzusetzen, dass auch junge Grazerinnen und Grazer die Chance haben, sich ein Eigenheim zu leisten und daher einen Teil der Gemeindewohnungen auch für Junge als Startwohnungen zur Verfügung zu stellen (*Applaus ÖVP*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Werte Gemeinderäten, sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich hast du Recht, dass ich mit dem Thema schon öfter konfrontiert worden bin, dein Kollege, Gemeinderat Hohensinner, hat öfter diesbezüglich schon Anfragen gestellt und wir haben erfreulicherweise genau das Ansinnen, wo ich hoffe, dass es auch deines ist, nämlich jungen Menschen leistbaren, dauerhaft gesicherten Wohnraum zu geben, auch geantwortet. Erfreulicherweise nämlich in dem Sinne, dass wir weit mehr als 10 % zwischen 18- und 27-Jährigen wohnversorgen können. Also ganz genau letztes Jahr, du hast es schon angesprochen, habe ich auch den Wohnungsvergabeausschussmitgliedern zukommen lassen, haben wir exakt 20 % junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren wohnversorgen können. Auch die Jahre zuvor, 2011, 2010, 2009 war diese Entwicklung gleich zwischen 17 und 23 %, und auch was wir jetzt sehen schon bei den Ansuchenden wird diese Entwicklung so weitergehen. Würden wir jetzt da dieser Logik folgen von euch, dann würde das bedeuten, dass wir 50 % unter 27-Jährige nicht mehr wohnversorgen sollen. Das was ich mir denke, dass das weder in deinem noch in unser aller Sinne sein kann (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Ganz bist du noch nicht dort, wo wir eigentlich mit unserem Ansinnen sein wollen. Es geht nämlich um Startwohnungen, sprich dass man nur eine Zeit auch als junger Mensch dort verbringt. Deshalb darf ich die Zusatzfrage stellen: Bist du bereit, mit uns als Jugendsprechern an einem Modell zu arbeiten, wie es möglich ist, Startwohnungen für junge Leute zu ermöglichen in Graz.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Liebe Martina! Reden und sprechen tue ich selbstverständlich gerne mit jedem und natürlich auch mit jungen Leuten und Jugendsprechern, nur ihr müsst

schon auch ein bisschen der Erfahrung, nicht nur von mir, sondern auch der Kollegen und Kolleginnen am städtischen Wohnungsamt glauben und da wirst du eindeutig erfahren, dass der Wunsch jener junger Leute, die bei uns um eine Gemeindewohnung ansuchen, eben nicht das Ziel ist, nach drei Jahren wieder wegzugehen, sondern eben eine dauerhaft gesicherte Wohnung zu bekommen. Und wenn du jetzt dahin treibst, dann hat das genau den Effekt, den wir jetzt schon erleben und sehen, da kannst du die KollegInnen draußen fragen, dass jetzt viele oft eh nach ein paar Jahren ausziehen, weil sie vielleicht einen besseren Job haben. Spätestens aber nach ein paar Jahren wieder zu uns zurückkommen und wieder ansuchen, weil sich oft eben das Einkommen nicht so entwickelt hat oder sie sich überhoben haben oft durch Schulden, indem sie Provisionen und Kautionen...wir müssen das ja sozusagen, diese Gelder, die wir da uns da auf die Seite legen, das sind ja öffentliche Gelder. Also das Ziel damit sozusagen die jungen Leute eigentlich von unseren Gemeindewohnungen wegzubekommen, um für neue wieder Wohnraum zu schaffen, weil ich denke, das kann ja nur der einzige Sinn sein, das wird nicht aufgehen, das kannst du uns glauben, das wird nicht aufgehen, weil wir fast bei der Hälfte der jungen Leute, die um einen Kautionsbeitrag bei uns ja ansuchen, das erleben. Also wir bieten das ja oft sogar an und die sagen nein, wir möchten bewusst warten auf eine Gemeindewohnung, selbst wenn es länger dauert (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

8) Um- bzw. Neugestaltung des Griesplatzes

GR. **Eber** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit Jahren, ich möchte sagen seit vielen Jahren, wird ja immer davon gesprochen, dass der Griesplatz neu gestaltet, umgestaltet wird in ökologischer, in verkehrstechnischer, auch natürlich in stadtplanerischer Hinsicht und ich möchte daher an Sie, folgende

F r a g e

stellen: Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitungen der Um- beziehungsweise Neugestaltung des Griesplatzes (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Als ich noch Finanzstadtrat war, habe ich gemeinsam mit dem Kollegen Josel mit dem Umbau des Griesplatzes begonnen. Wir haben den nördlichen Teil damals hergerichtet und es war allen Beteiligten im Planungsbereich, aber auch im politischen Bereich, immer klar, dass wir, wenn möglich, eine Neugestaltung des Griesplatzes koppeln sollten mit der Frage der Südwest-Linien, der neuen Linien im Bereich der Straßenbahnen. Das heißt ganz konkret, wir haben gesagt, wenn die Südwest-Linie dann vom Jakominiplatz über den Griesplatz gehen wird, wird das eine Baumaßnahme sein, wo wir a) zu berücksichtigen haben, wie viel Platz uns bleibt für die Neugestaltung, also wenn wir die Linienführung einmal kennen, ist da schon viel geholfen und diese Linienführungen haben wir in der vergangenen Gemeinderatsperiode einmal festgelegt. Wir haben auch für die finanzielle Bedeckung im Budget gesorgt, dass diese Planungsarbeiten zur Südwest-Linie und zur Ausweichstrecke über die Elisabethnergasse auch im Budget da sind, auch mehrjährig da sind und da wird auch

fleißig gearbeitet. Was nicht im Budget bislang enthalten war, waren auch die tatsächlichen Neugestaltungskosten. Auch da habe ich angekündigt, dass ich einen Bürgerbeteiligungsprozess a la Annenstraße ins Leben rufen möchte, das heißt, sobald jetzt die Annenstraße fertig ist, werden die frei verfügbaren Kapazitäten auch in punkto Bürgerbeteiligung dann Richtung Griesplatz kommen. Wir werden dann zu entscheiden haben, ob wir... letzten Endes hängt es davon ab, wie schnell sind wir mit einer Südwest-Linie. Wenn das über viele Jahre noch so weitergeht, werden wir das in irgendeiner Weise einmal entkoppeln müssen, sonst war immer angedacht, dass wir erst dann finanzieren, gemeinsam umbauen, wenn dort die Grabungsfestspiele für die Straßenbahn beginnen. Das können wir dann aber entscheiden, das heißt, ich rechne damit, dass wir mit der Annenstraße heuer im Herbst, spätestens zum Jahresende fertig sind und dass wir dann die Kapazitäten, die dann frei werden, in Richtung Griesplatz lenken (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Danke für die Antwort, Herr Bürgermeister. Nachdem die Südwest-Linie ja auf wackeligen Beinen oder Schienen steht, meine Zusatzfrage eben. Werden Sie auch, unabhängig davon von der konkreten Umsetzung der Südwest-Linie eben auch an diese Neugestaltung des Griesplatzes denken beziehungsweise diese konkret beginnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe das eh schon vorsichtig formuliert, bislang haben wir immer gesagt, wir wollen es gemeinsam machen, wir wissen aber, dass die Verfahren einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Wenn wir uns einmal darüber einig sind, wie dann die gesamte Verkehrsführung geht, da warten schon noch einige Probleme auf uns, und ich denke mir, dass wir auch von den Anrainern, die dann künftig die

Straßenbahn in ihrer Gasse, in ihrer Straße haben werden, durchaus noch manches zu überstehen haben, bis es tatsächlich zur Straßenbahnlinie kommt. Von der Finanzierung her wissen wir auch alle, dass das kein leichtes Unterfangen wird und so gesehen bin ich immer mehr dabei zu sagen, trennen wir das dann, zumindest was Sinn macht, aber da sollten wir zuerst den Beteiligungsprozess machen, schauen, was wir wirklich wollen und dann vielleicht auch so aufteilen, dass wir das in einem Stufensystem einfach dann umbauen. Weil die Wünsche sind jetzt schon noch sehr heterogen, also da habe ich festgestellt, die einen wollen einen Kinderspielplatz, die anderen wollen einen Marktplatz und ich glaube, da muss dieser gemeinsame Prozess vorher, wenn wir dann wissen, was wir wollen, können wir es in Module aufteilen und dann können wir vielleicht einfach wieder ein Stück weiterbringen, so wie wir den Norden damals ohne Verkehrsfrage lösen konnten. Wobei ich gleich einbeziehen muss, wir müssen neu über die Griesgasse nachdenken, wie es dort im Moment aussieht, zum Teil mit Baulücken etc., das ist alles andere als ein innerstädtisches Herzeige-Gässchen, da sollte man alle Anstrengungen unternehmen, dass wir da gemeinsam mit den Eigentümern auch eine neue Lösung finden, das ist jetzt nichts, was wirklich herzeigbar ist und da sollte man auch unsere Ideen und unsere Kraft hineinvestieren (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

9) Nutzungskonzept Stadionplatz UPC-Arena

GR. **Hötzl** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Hötzl:** Nutzungskonzept Stadion-Vorplatz UPC-Arena. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wie diversen Grazer Printmedien zu entnehmen war, hat nun ein langjähriger Pächter die Türen seiner Gastwirtschaft am Stadionplatz für immer geschlossen. Dies zum Anlass nehmend haben wir uns die Situation vor Ort näher betrachtet und mussten dabei feststellen, dass sich inzwischen neben der Stadionverwaltung und den Räumlichkeiten des Sportamtes der Stadt jede Menge leer stehender Lokale befinden. Wie sich bei intensiver Nachfrage herausstellte, war im oben angesprochenen Fall neben der GAK-Pleite und der sich daraus ergebenden deutlich geringeren Besucherfrequenz in der UPC-Arena vor allem eine Anpassung der Miete nach oben sowie eine nicht vorhandene Bereitschaft zu einem flexiblen Mietmodell seitens der Stadionverwaltung ausschlaggebend für die wirtschaftliche Kapitulation. Dies scheint aber kein Einzelschicksal zu sein. Diese Entwicklung hat insgesamt dazu geführt, dass der Stadionplatz samt dem Stadionturm mittlerweile einer Geisterstadt ähnelt.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

Frage:

Gibt es ein nachhaltiges Nutzungskonzept im Raum Stadionplatz inklusive Stadionturm (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Herr Gemeinderat! Die Stadt Graz beziehungsweise die Liebenau Gesellschaft besitzt das Grundstück, auf dem die UPC Arena steht, aber die Außenmauern des Stadions bilden gleichsam auch das Ende unseres Einflusses. Und auch das Ende der Verfügung über das Grundstück ist anderweitig verfügt, und zwar der Stadionturm im Baurechtseigentum und der Vorplatz gehört ebenfalls der Granit,

der auch die Garage gehört und die auch darüber verfügt. Tatsache ist, dass die Lokale, die dort sind, keine Möglichkeit haben, von der Firma [REDACTED] nach meinen Informationen auch nicht entgegengekommen wird bezüglich des Parkens in der Parkgarage oder auch irgendwelcher Nutzungen des Vorplatzes, sodass die wirtschaftliche Situation für diese Lokale tatsächlich sehr schwierig ist, und wie Sie richtig gesagt haben, nachdem der GAK dort nicht mehr ist, de facto nicht mehr ist und ATSE auch nicht, ist es noch viel schwieriger geworden. Bezüglich der Mieterhöhung und des flexiblen Mietmodells kann ich nur sagen, habe ich andere Informationen von Seiten der Messe, die für diese Miete verantwortlich ist. Die Messe schreibt mir, dass sie über einen sehr langen Zeitraum mit dem Pächter, das ist der Herr [REDACTED], da eine Ratenvereinbarung abgeschlossen haben, dass sie auch eine Mietreduktion um 500 Euro durchgeführt hat in der spielfreien Zeit, dass aber der Pächter eben seinen Verpflichtungen aus einem mit ihm geschlossenen außergerichtlichen Vergleich seit Monaten und nun auch wieder mit seinen Mietzahlungen nicht nachgekommen ist, sodass man sich eben entschlossen hat, das Mietverhältnis endgültig zu beenden. Nachdem der Herr [REDACTED] zu einer freiwilligen Räumung nicht bereit ist, wird es wohl mit einer Räumungsklage irgendwie beendet werden müssen, das ist die eine Geschichte. Zweite Geschichte, wenn Sie wirklich das Nutzungskonzept meinen, es gibt von Seiten der Stadt oder ich sage es gleich positiv, es gibt von Seiten des Fußballvereines Sturm ein Nutzungskonzept, das in der Zeit aus der Stadt vorgestellt wurde, das auch in der Zeitung genannt worden ist, bei dem es eben um die Gestaltung des Vorplatzes geht und auch um diese eine Überdachung. Meines Wissens liegt dieser Vorschlag derzeit bei der Stadtplanung und wird dort aus städtebaulicher Sicht geprüft. Die Stadt kann damit eben, ich kann es nur noch einmal sagen, unmittelbar ein Nutzungskonzept umsetzen, in diesem Bereich nicht, weil wir nicht die Verfügungsmöglichkeiten haben. Es geht letztlich dann nur auch, wenn der Vorschlag von Sturm kommt, rein rechtlich gesehen, nur mit der Firma [REDACTED].

GR. **Hötzl:** Genau mit diesem Herrn [REDACTED] haben wir unter anderem auch geredet. Der hat 10 oder 12 Jahre, relativ lange auf jeden Fall, dieses Sturm-Treff geführt, den Aussagen zumindest nach, erfolgreich, dass jetzt weniger Kundschaft da ist, weil eben weniger Veranstaltungen sind, das liegt auf der Hand, das brauchen wir nicht wegdiskutieren. Der hat jetzt 10/12 Jahre dort Geld verdient, hat die Mieten bedienen können, jetzt verdient er es nicht mehr, jetzt kann es sein, natürlich, dass er das Wirtschaften verlernt hat, ich weiß nicht, das stelle ich einmal in den Raum, dass es wahrscheinlich nicht der Fall ist, oder dass ihm die Kosten davongelaufen sind. Und jetzt ist die Frage, würde da der Antrag kommen, da würde er die gleichen Bedingungen haben, vielleicht macht er es ein bisschen schlauer oder auch nicht schlauer, aber der hat die gleichen Voraussetzungen, gut, aber dort wird offenbar nicht in ausreichendem Maße entgegengekommen. Meine Frage war aber wegen dem Nutzungskonzept allgemein dort, weil dort entstehen so Industrieruinen mehr oder weniger, wie man es teilweise aus, überspitzt gesagt, wie man es aus dem Ostblock kennt. Sie haben jetzt gesagt, es wird was geändert im Sinne eines Bebauungskonzeptes dort, aber von der Nutzung an sich, was soll dort weiter passieren? Es wird attraktiviert, es kommt ein Dach über die Straße drüber, was man lesen hat können in der Zeitung, aber was soll dort wirklich passieren, wenn dort die Geschäfte leer stehen, nur weil dort ein Dach gebaut wird, ok, wenn es regnet, sind vielleicht mehr Leute dort als bisher dort waren, aber damit rettet man nicht den Stadionvorplatz, also was soll dort wirtschaftlich sozusagen passieren, was wollen Sie wirtschaftlich ändern mit den Mietern usw., dass dort wirklich wieder Belebung stattfindet (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Also ich kann aus meinem Zuständigkeitsbereich nur die Antwort geben bezüglich der Pachtverträge, der Lokale im Stadion, alles andere ist eine städtebauliche Geschichte. Ich habe eh gesagt, dass es bei der Stadtplanung ist,

da ist der Bürgermeister als Stadtsenatsreferent zuständig. Was ich gerne machen kann, das ist, dass ich mich mit der Messe nochmals zusammensetze, um die Situation vom Herrn [REDACTED] zu beraten und zu analysieren. Ich kann aufgrund der genannten Information lediglich sagen, dass die Messe nach ihrer Darstellung das sehr oft versucht hat und dann auch Ratenzahlungen vereinbart hat, auch Mietenreduzierungen, aber das halt eben der Pächter auch diese Vereinbarungen nicht einhält, sodass die Messe gesagt hat, es bleibt nichts anderes übrig. Das kann ich aber gerne nochmals überprüfen und auch schauen, ob man da vielleicht doch nochmals eine andere Lösung findet (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit der Herr Kollege Hötzl da nicht ganz nach Hause marschiert heute und gar keine Antwort dazu bekommen hat. Was die städtebauliche Geschichte anbelangt, dass Sie das nur wissen, das Stadtplanungsamt auch gemeinsam mit mir versucht gerade, mit dem gegenüberliegenden Grundstück eine Bebauung dem Gemeinderat vorzulegen, das wird voraussichtlich in der nächsten Gemeinderatssitzung dann auch kommen. Es handelt sich um das Gelände von [REDACTED] [REDACTED], alles hinter der Straßenbahnschleife, da wird dann gemeinsam auch Grundstücksabtretungen usw. wieder kommen, dort soll ein interessantes Gebäude mit einem sehr schönen Vorplatz entstehen. Wenn wir das schaffen, wird es bis zum 24. vorgelegt. Wogegen ich mich schon ausspreche, ist, dass wir dort so eine Überplattung machen, ich sage das da gleich öffentlich, weil eine solche Überplattung nach ein paar Jahren nicht gut aussieht. Wir haben da einige Beispiele in Wien usw. an den Stadteinfahrten, das ist dann unansehnlich, aber wir denken schon noch über einige interessanten Übergänge auch zum Stadionbereich nach, und wenn auch die Eishalle hinten uns gelingen sollte, und da brauchen wir jetzt aber Verhandlungen auch mit Bund und Land, dann wird sich dort, wenn ich so sagen darf, wirtschaftlich einiges tun, weil bei dieser Planung gegenüber vom Stadion geht es nicht nur um

Büro- und Wohnraumnutzung, sondern auch um Geschäftsbereiche und dann hätten wir einen interessanten Eingang in Richtung Stadt Graz vom Süden her und dann wird vielleicht auch die Situation rund um das Stadion besser werden. Die ist im Moment halt so, weil wir nur mehr einen Verein haben. Das vielleicht nur zur Info.

Meine Damen und Herren! Die Fragen 10 bis 14 können heute in der Fragestunde leider nicht mehr behandelt werden, sie werden wieder schriftlich erfolgen.